

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, 2. November 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Danne, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steinke, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Die Enthüllung des Denkmals Joachim II. in Spandau.

Berlin, 1. November.

Die feierliche Enthüllung des Denkmals, welches die Mark Brandenburg dem Kurfürsten Joachim II. in Spandau errichtet hat, hat heute, am 350. Jahrestage der Einführung der Reformation, stattgefunden.

Der helle Sonnenschein, der die Feststadt überstrahlte, hatte eine zahlreiche Menge herbeigeloct. Um 10 Uhr rückte die gesamte Spandauer Garnison und die Schulen nach dem Festplatz, während die Vereine, voran die Kriegerveteranen, auf der Potsdamer Straße Aufstellung nahmen. Bald sammelten sich auch die Ehrengäste, die von den Vertretern der Stadt begrüßt und in Wagen nach dem Festplatz geleitet wurden. Erhienen waren die Minister Herrfurth und v. Goltz, Unterstaatssekretär Rasse, Graf Waldersee, der Kommandant von Spandau, Generalleutnant Schmidt von Knobelsdorff, mit der Generalität und den Offizieren, soweit sie nicht in der Front standen. Wir sahen ferner den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths D. Dierkes, den Konfessionspräsidenten D. Hegel, den Feldpropst D. Richter und zahlreiche Geistliche. Für die Provinzialbehörden war Oberpräsident Achenbach, für den Provinziallandtag Herr v. Nothmann, der Vizepräsident des Herrenhauses, für die Stadt Berlin der Oberbürgermeister v. Forstner, mit den Stadtrathsmitgliedern, Oberbürgermeister Dr. Strack, für Charlottenburg Oberbürgermeister Frische und Rechtsanwalt Mündel erschienen. Auch die übrigen Städte und die Kreise hatten Vertreter entsandt.

Der Feier überreichte Gch. Rath Zorndorff, der die Feier leitete, dem Kaiser die Ehrenurkunde, die dem Kurfürsten Joachim II. in Spandau errichtet hat, hat heute, am 350. Jahrestage der Einführung der Reformation, stattgefunden.

Um 11 Uhr begannen die Glocken der Stadt das Festgeläute, kurz nach 11 Uhr verließen die von der Zitadelle abgezogenen Kanonenschiffe das Festgelände des Prinzen Friedrich Leopold, welcher am Eingange zum Festplatz von den Ehrengästen und nach dem Kaiser geleitet wurde.

Das alte Luther-Ried: „Ein feste Burg ist unser Gott“ leitete die Feier ein. Nachdem der Gesang verklungen war, nahm in Vertretung des durch ein Augenleiden behinderten Vorgesetzten des Denkmalkomitees, des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Raths v. Meise, der stellvertretende Vorgesetzte, Landesdirektor v. Kersow, das Wort zur Festrede:

„Als der Kurfürst Joachim II., Markgraf von Brandenburg, heute vor 350 Jahren in diesem ehrenden Gotteshaus durch die Feier des heiligen Abendmahls in beiderlei Gestalt, welches er aus den Händen des Bischofs von Brandenburg, Mathias von Jagow, empfing, nach Ueberwindung schwerer äußerer Hindernisse vor aller Welt zum evangelischen Glauben sich bekennt, und hiervon an Dr. Martin Luther Mitteilung gemacht hatte, antwortete ihm unser großer Reformator u. A.: „Ich danke dem Vater aller Gnaden und weiß nichts mehr zu thun hierin, denn daß ich von Herzen bitten und beten will, daß der liebe Gott sein angesehnen Werk in Euch künftigen Gnaden gütiglich und barmherziglich stärken wolle zu seinem Ruhm und Ehre, das ist zu vieler Seelen Heil und Seligkeit.“ Luthers Gebet ist erhört worden, daß ist auch dieser Tag, der uns heute versammelt. Das angesehene Werk, von der evangelischen Lehre überwiegen schon anhängenden Mark freudig begrüßt, durch Joachim und dessen Bruder, dem um die Reformation hochverdienten Markgrafen Johann von der Neumark, weiter gefördert, es hat in den aufrechten und bescheidenen Herzen der Mütter feste Wurzeln geschlagen und in den Nachfolgern Joachims an der Kur und an der Krone bis zu dieser Stunde fromme und treue, mächtige und weise Befürworter und Beschützer gefunden, es ist zum Grunde geworden des Heiles unzähliger Seelen, es hat — in Noth und Gefahren bewährt und befestigt — mit der Zeit eine kirchliche und politische Bedeutung gewonnen, die weit über die Grenzen der Mark und Preussens hinausgeht. Wohl kam ich sagen, wo in aller Welt die evangelische Lehre in ihren verschiedensten äußeren Gestaltungen bekannt wird, überall blickt man hoffend und vertrauensvoll auf das Fürstenthum, welches neben einer Kaiser- und Königskrone den Kurhut Joachims trägt, wohl kam ich sagen, auf dem wunderbaren weltbürgerlichen Wege der Hohenzollern auf Brandenburg, auf Preussen zum deutschen Reich und zu mächtiger Mitwirkung an der Bestimmung der Geschichte aller Völker ist Spandau eine wichtige Station und der 1. November 1539 epochemachend geworden. Solche Erwägungen erwecken dankbaren und patriotischen evangelischen Märtern den Gedanken, dem brandenburgischen Reformator, Kurfürsten Joachim II., ein Denkmal zu setzen an der Stelle, wo er zur evangelischen Lehre öffentlich sich bekannte. In der ganzen Welt war er aufgenommen — binnen kurzer Frist wurden die erforderlichen Mittel innerhalb der Provinz sichergestellt — von einem frei gebildeten Komitee sorglich gepflegt, hat das Vorhaben sowohl bei unseren hochseligen Kaisern und Königen Wilhelm und Friedrich, als auch bei den jetzt regierenden Kaisern und Königen Majestät allergnädigsten Schutzes, bei den höchsten Behörden des Landes und der Provinz und bei den kommunalen Körperschaften innerhalb der letzteren treuer Förderung sich zu erfreuen gehabt. Auch in fernem Lande hat unser allergnädigster Landesherr des Vorhabens und der heutigen Feier huldvoll gedacht. Gestern Abend ging mir folgendes Telegramm zu:

Athen, den 31. Oktober,
2 Uhr 20 Min.

An der Feier der Enthüllung des Standbildes Meines Ahnherrn, Joachim II., spreche ich, dankend und segenswünschend, Meinen herzlichsten Theil aus. Wilhelm.

Hierfür und für alle Hilfe auch von dieser Stelle zu danken, ist die Pflicht und die Freude des Komitees, ein Verrecht jedes Märters, ein Recht jedes evangelischen Christen. Dem bewährten Künstlerhand geformt, wartet das Denkmal jetzt seiner Enthüllung in Gegenwart des höchsten

verordneten Vertreters Sr. Majestät unseres Kaisers, Königs und Markgrafen, in Gegenwart des erlauchten Erkes jenes Fürsten, dessen Andenken es feiern und erhalten soll, in Anwesenheit hervorragender Männer des Staats und der Kirche und einer zahlreichen Festversammlung. Das Denkmal ist errichtet Niemandem zum Trug und Niemandem zu Leide, Gott zum Lobe, zu Ruhm und Ehre dem segensreichen evangelischen Glauben und seinen Schutzherrn aus dem Hohenzollernhause, zu Ruhm und Ehre dem Kurfürsten Joachim, zu Ruhm und Ehre auch unserer mütterlichen Heimath. Es danere durch die Jahrhunderte als ein Wahrzeichen für Jedermann, daß Gottes Wort nicht untergehe, es feststehe im Glauben, in der Liebe, in der Hoffnung unsere Landestheile und die evangelische Christenheit, es feststehe in der alten jüden Treue, in ihrem tapferen Muth die brandenburgischen Herzen. Das wolle Gott!

Der Redner richtete nunmehr an den Prinzen Friedrich Leopold die Bitte, befehlen zu wollen, daß die Hülle des Denkmals falle, und während ein brausendes Hoch auf den Kaiser ertönte, während die Truppen präsentirten und von der Zitadelle her die ersten der 33 Salutschüsse abgegeben wurden, zeigte sich das herrliche Denkmal den Blicken der festlichen Versammlung. Die Statue des Kurfürsten, der in der Rechten das Schwert, in der Linken aber das Kreuz hält, womit er sich auf die Bibel stützt, macht einen überaus würdigen, hehrlichen Eindruck. Die drei Reliefs, welche die Unterweisung des jungen Joachims im evangelischen Glauben, die Disputa und die Abendmahlsfeier darstellen, hob sich gleich der Wölbungstafel wirkungsvoll von dem schwedischen Granit dessockels ab.

Nachdem das Denkmalkomitee, die Provinz Brandenburg und die Stadt Spandau prächtige Kränze am Denkmal hatten niederlegen lassen, überzog Herr v. Kersow das Denkmal der Stadt, in deren Namen es Bürgermeister Köhler übernahm. Der Gesang „Nun danket alle Gott“ beendete sodann die Feier am Denkmal, worauf nach den Klängen des von der Kapelle des 4. Garderegiments gespielten Präsentirmarsches die vom Oberleutnant v. Gensow kommandirten Truppen am Denkmal vorbeimarschirten. Die Festversammlung begab sich sodann durch das geschmückte Thorportal in das Gotteshaus. Am Eingange zum Schiff wurde der Prinz von der Geistlichkeit empfangen, in deren Namen Superintendent Densel den kaiserlichen Vertreter begrüßte, indem er zugleich daran erinnerte, daß der Vater des Prinzen, der Prinz Friedrich Karl, als 11jähriger Knabe an der großen Feier im Jahre 1839 theilgenommen. Die Feier begann mit dem 100. Psalm mit dem Gloria in der so überaus würdevoll wirkenden Menschengesangs-Komposition. Dann trat Pfarrer Knefel an den Altar, um die Liturgie abzuhalten. Hierauf stimmte die Gemeinde den göttlichen Lobgesang an: „Sei Lob und Ehr dem höchsten Gut“, während dessen stieg der Festredner, Oberpräsident Achenbach, auf die Kanzel. Er knüpfte seine weisevollen Worte an den Wappspruch, der die 1839 geprägte Inbelsmedaille geziert hatte, an das Wort aus 1. Joh. 5, 4: „Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwindet hat.“

Deutschland.

B. Berlin, 1. November. Dem Konstantinopeler Besuche Kaiser Wilhelms widmet das im Laufe publizistischer Autorität stehende dortige Blatt „Tarik“ einen Begrüßungs-Artikel, dessen ganzes Bestreben darin gipfelt, dem hohen Gast zu zeigen, wie sehr die Türkei und das gesamte muslimanische Volk das persönliche Erscheinen des mächtigen deutschen Herrschers als Gast des Sultans zu schätzen weiß und welche Hoffnungen sich an den bedeutungsvollen Moment in der Entwicklung der orientalischen Zeitgeschichte knüpfen. „Tarik“ nimmt keinen Anstand, in seinen diesbezüglichen Ausführungen auch das speziell politische Gebiet zu berühren, indem er aus dem Besuche des deutschen Kaisers, den er als ein „glückliches Ereignis für die Türkei“ preist, den Schluss zieht, daß Deutschland die weisse Politik, welche der Sultan verfolgt, billigt. Es kam nicht Sache des auf dem Stammtische stehenden Beobachters der Orientreise Kaiser Wilhelms mit all ihren festlichen Veranstaltung und ihren das patriotische Herz erbebenden Kundgebungen fähiger Volksbegeisterung sein, an der Gesamtverbindung des gesamten Konstantinopeler Volkes subjektive Kritik zu üben. Ob und welche Rolle der Politik als solcher in dem Konstantinopeler Reiseprogramm Kaiser Wilhelms zugeordnet ist, kommt für die öffentliche Meinung in Deutschland wenigstens, minder in Betracht, als die Thatsache der von den Staatsmännern der hohen Porte publizistisch vertretenen Aufschwung von der internationalen Ersprießlichkeit eines guten Einvernehmens des ottomanischen mit dem deutschen Reiche. Wenn, wie der „Tarik“ konstatiert, die Türkei seit Friedrich dem Großen sich der deutschen Sympathien erfreut, so erklärt sich diese Thatsache sehr einfach und ungenossen aus dem Umfande, daß die politischen Bahnen Deutschlands und der Türkei einander niemals abichtlich durchkreuzt oder gestört haben. Daß dem auch in alle Zukunft so bleiben möge, ist ein Wunsch, dessen Erfüllung keine Schwierigkeiten darbietet, so lange die Türkei durch ihr Verhalten bezeugt, daß sie gewonnen ist, Deutschlands erste Bemühungen um Pflege und Förderung des Weltfriedens, so viel an ihr liegt, zu unterstützen. Gerade die Türkei kann, vermöge ihrer geographischen Lage und der Eigenart ihrer Stellung im europäischen Kontext, dem Völkerverständnis die werthvollsten Dienste leisten, indem sie an der strikten Neutralität ihrer Politik festhält, freilich aber auch sich stets erinnert, daß die Neutralität sie nicht von der Pflicht nachhaltiger, thätiger Wahrnehmung ihrer Rechte und Obliegenheiten entbindet, vielmehr nur unter der Bedingung von den erhofften und gewünschten erprießlichen Folgen getrennt sein kann, daß sie nicht in fatalistischer Gleichgültigkeit und dumpfen Indifferentismus ansetzt. Der Bestand des ottomanischen Reiches gilt als eine politische Nothwendigkeit für den Osten unseres Welttheils, sofern er einer unterstützten Entwicklung unserer Probleme ein möglichst günstiges Demniss bereitet; er kann eine Wohlthat werden, wenn die Türkei ihre politische Mission nicht nur im negativen sondern auch im positiven Sinne richtig ergreift und durchführt und zu diesem Zweck ihr allerding die Erhaltung

des Friedens so notwendig wie das tägliche Brod.

Wir erfahren, daß der Verwaltungsrath der „Deutsch-afrikanischen Gesellschaft“ in seiner letzten Sitzung einstimmig beschloffen hat, Herrn Walter von St. Paul-Maire zum General-Vertreter der Gesellschaft in Ostafrika und zum obersten Administrator des Gesellschafts-Gelbes zu bestellen. Diese Ernennung hat inzwischen die Zustimmung des auswärtigen Amtes, welche statutenmäßig erforderlich ist, gefunden.

Die Wahl des Verwaltungsrathes ist gewiss eine glückliche gewesen, denn Herr von St. Paul scheint sich des allseitigen Vertrauens zu erfreuen. Angeht dieses Geschloffen werden die folgenden Personal-Notizen über Herrn von St. Paul von Interesse sein:

Herr von St. Paul befindet sich seit vier Jahren im Dienste der Gesellschaft in Ostafrika und verwaltet die ihm jetzt übertragene Stellung bereits seit dem Frühjahr kommissarisch. Keinem von allen Beamten der Gesellschaft ist es in gleichem Maße gelungen, der Sprache der Eingeborenen Herr zu werden wie Herrn von St. Paul; er gilt als ein gründlicher Kenner derselben; in diesem Augenblicke befindet sich ein Handbuch der Swahili-Sprache von ihm unter der Presse, welches das orientalische Seminar drucken läßt.

Als der Reichskommissar Herr Wismann seiner Zeit die Dienste des Herrn von St. Paul für seine Zwecke in Anspruch nahm, glaubte die Gesellschaft, dieselben für sich selbst nicht entbehren zu können, und verweigerte die Genehmigung zu seinem Uebertritt; trotzdem aber konnte der General-Bevollmächtigte des Wismann'schen Expeditionen sehr wesentlich, vielleicht bessere Unterstützung bringen, als in einer anderen Stellung. Herr von St. Paul hat an den drei Hauptgegenden, dem Sturm auf Vuchir's Lager, der Einnahme von Pangani und der von Tanga Tanga genommen und das Glück gehabt, sich herorzukämpfen, so daß Seine Majestät ihm den Kreuzen-Orden vierter Klasse mit Schwertern verliehen hat.

Durch die geschickte Leitung des Hofwesens und der Verhandlungen mit den Arabern scheint Herr von St. Paul sich auch die Achtung und das Vertrauen des Sultans von Sansibar erworben zu haben, denn auch dieser hat ihm kürzlich seinen Orden vom „Strahlenden Stern“, und zwar die zweite Klasse, die um den Hals getragen wird, verliehen.

Wie aus Reise-Berichten wird, ist dort die Winter-Emin-Pascha, Frau Treß, verwitwete Schlichter, geborene Schweizer, am 30. Oktober gestorben.

Professor von List in Marburg hat folgenden Gesetzesvorschlag betreffs der bedingten Verurtheilung veröffentlicht:

§ 1. Bei jeder Verurtheilung zur Gefängnisstrafe kann das Gericht, wenn die Gefängnisstrafe nicht wegen Ausnahme-mitbedingter Umstände an Stelle von Zuchthaus ausgesprochen wurde und der Verurtheilte bisher Freiheitsstrafe im Laufe weder ganz noch theilweise verbüßt hat, anordnen, daß die Vollstreckung der erkannten Strafe bis auf Weiteres aufzuheben sei.

Die Vollstreckung der etwa neben der Freiheitsstrafe erkannten Geldstrafen wird durch diese Anordnung nicht berührt.

§ 2. Die Aussetzung der Vollstreckung kann von der Bestimmung einer Sicherheit abhängig gemacht werden (Zurückbehaltung).

Die Höhe der zu bestellenden Sicherheit, sowie die Art ihrer Bestimmung bestimmt das Gericht nach freiem Ermeßen.

Wird die Bestimmung der Sicherheit innerhalb der vom Gerichte bestimmten Frist nicht nachgewiesen, so ist die erkannte Strafe zu vollstrecken.

§ 3. Der Beschluß des Gerichts, durch welchen die Aussetzung der Vollstreckung angeordnet oder die beantragte Aussetzung abgelehnt wird, kann nur mit den gegen das verurtheilte Erkenntnis gerichteten Rechtsmitteln und nach den für diese geltenden Grundregeln angefochten werden.

§ 4. Die Vollstreckung der erkannten Strafe entfällt und die bestellte Sicherheit wird frei, wenn der Verurtheilte innerhalb der nächsten drei Jahre nach Rechtskraft des Erkenntnisses nicht wegen einer neuen nach dieser begangenen strafbaren Handlung im Inlande zu Freiheitsstrafe verurtheilt wird.

Der Eintritt dieser Folgen ist auf Antrag des Verurtheilten durch Beschluß des Gerichts auszusprechen.

§ 5. Wird der Verurtheilte innerhalb der nächsten drei Jahre nach Rechtskraft des Erkenntnisses wegen einer neuen nach dieser begangenen strafbaren Handlung im Inlande zu Freiheitsstrafe verurtheilt, so verfällt die bestellte Sicherheit und die Strafe tritt ein.

Die Erhebung der Klage wegen der nach begangenen strafbaren Handlung hemmt die Dauer des Verfahrens den Ablauf der dreijährigen Frist.

§ 6. Wenn vor Ablauf der dreijährigen Frist die Verurtheilung wegen einer strafbaren Handlung erfolgt, welche vor Rechtskraft des im § 1 erwähnten Erkenntnisses begangen wurde, so finden die §§ 74 bis 78 St.-G.-B. Anwendung, und das die Strafe nach diesen Paragraphen bestimmte Gericht hat darüber zu beschließen, ob die Anordnung der Aussetzung aufrecht zu erhalten oder aufzuheben sei.

Die Erhebung der Klage wegen der neu bekannt gewordenen strafbaren Handlung hemmt den Ablauf der dreijährigen Frist für die Dauer des Verfahrens.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ bemerkt zu diesem Entwurf:

„Wohl selten hat sich die öffentliche Meinung so nachdrücklich für eine gesetzgeberische Bewegung ausgesprochen, als in der vorliegenden Frage, die in verschiedenen Ländern bereits zum gesetzgeberischen Ausstrag gekommen ist oder demnächst kommen wird. Die internationale kriminalistische Vereinigung hat sich einstimmig am 7. August für die bedingte Verurtheilung erklärt, welche in Belgien bereits Gesetz geworden ist. Das Prinzip hat ebenfalls in den Ausführenden einer neuen französischen Strafgesetzbuchs Aufnahme gefunden, und der Ausdrück, welcher in Deutschland den neuen, an dieser Stelle be-

reits erwähnten Entwurf eines Strafgesetzbuchs berührt, hat die bedingte Verurtheilung bereits angenommen. Bei einer solchen Uebereinstimmung der Ansichten dürfte das Prinzip selbst von der Wissenschaft nicht mehr aufgegeben werden. Der kaiserliche Entwurf giebt eine dankenswerthe Unterlage für die konkrete Ausgestaltung desselben, und aus diesem Grunde ist dessen weitere Verbreitung zu wünschen.“

Im Anschluß an die Bemerkungen, welche gelegentlich der Staatsberatung im Reichstage der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Freiherr von Maltzahn, über das Fehlen einer auf das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz bezüglichen Position im Reichshaushaltsetat für 1890-91 machte, gehen gegenwärtig Betrachtungen über den Termin der Inkraftsetzung dieses Gesetzes durch die Presse, die jedenfalls als ungenau bezeichnet werden müssen. Es wird darin nämlich gesagt, daß man bisher „allgemein“ angenommen habe, das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz werde am 1. Januar 1891 in Kraft treten, und daß diese Annahme sich namentlich auf eine Aenderung des Staatsministers von Bötticher stütze, wonach der Letztere sich dahin ausgesprochen hätte, daß bis zu diesem Zeitpunkte wohl die Vorarbeiten erledigt werden könnten. Diese Darstellung entspricht den Thatsachen nicht. Ob eine „allgemeine“ Annahme sich da für gebildet hat, daß das Gesetz zu dem bezeichneten Termine in Kraft gesetzt werden würde, läßt sich weder beweisen, noch bestreiten, jedenfalls aber hat Herr von Bötticher, als im Reichstage die Frage der Inkraftsetzung des Gesetzes verhandelt wurde, in der ihm jetzt zugeschriebenen positiven Form sich an der betreffenden Diskussion nicht betheiligt. Herr von Bötticher hat lediglich seine Meinung dahin ausgesprochen, daß, wenn man den Zeitpunkt erwäge, bis zu welchem die Durchführung des Gesetzes etwa zu ermöglichen sein würde, dieser Termin jedenfalls nicht vor dem 1. Januar des Jahres 1891 zu fixiren sei möchte; denn es sei zwar zuzugeden, daß die Vorbereitungen zur Durchführung dieses Gesetzes sehr viel weniger umfangreich sind und sehr viel weniger Arbeit veranlassen, als die Vorbereitungen für die Durchführung des Unfallversicherungs-Gesetzes, aber es empfehle sich nicht, die Sache so zu forciren, daß ein früherer als dieser Termin in Aussicht genommen werde, auch glaube er nicht, daß es möglich sein würde, in einem früheren Termin das Gesetz voll in Wirksamkeit treten zu lassen. Man ersieht daraus, daß der Minister sich in seinen Aeußerungen über den Termin der Inkraftsetzung rein negativ verhalten hat und nicht den 1. Januar 1891 als den vorausgesetzlichen Tag des Geltungsanfangs des Gesetzes, sondern lediglich den Zeitraum bezeichnet hat, innerhalb dessen seiner Ansicht nach das Gesetz nicht in Kraft gesetzt werden konnte.

Diese Haltung erklärt sich auch aus der Natur der in Rede stehenden Frage. Bei der Verurtheilung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes im Reichstage konnte unmöglich schon der Verlauf der Vorbereitungsarbeiten übersehen werden, um so weniger, als im Bundesrathe, wo Herr v. Bötticher seiner Zeit auch hervorgetreten ist, in Fragen der Inkraftsetzung eines Gesetzes die Ansichten der Einzelregierungen, die am besten beurtheilen können, wann sie mit den Vorbereitungen zur Inkraftsetzung des Gesetzes fertig werden, die vollste Berücksichtigung finden. Solche Ansichten konnten damals unmöglich gefaßt, geschweige denn geäußert sein. Seit jenen Reichstagsberatungen ist noch kein halbes Jahr verflossen, das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist am 22. Juni d. J. vollzogen worden, und, trotzdem seit dieser Zeit die Vorarbeiten zur Inkraftsetzung im besten Gange sind, kann auch heute noch nicht bestimmt werden, wann dieselben zum Abschluß gelangen werden. Dies hat überdies der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Frhr. v. Maltzahn, kürzlich ausdrücklich konstatiert, und deshalb sind die Eingangs erwähnten Betrachtungen, wie sie ungenau sind, auch verfehlt.

Die „Hamb. Nachr.“ wußten jüngst aus „glaubhafter Quelle“ mitzutheilen, daß der Kaiser gewillt sei, zu einem Anlauf der Häuser an der Schloßfreiheit beabsichtigt Niederlegung derselben die Summe von fünf Millionen Mark aus seiner Privatkassatulle anzuweisen. Wenn es auch Thatsache ist, daß der Kaiser sich schon seit Jahren in lebhaftester Weise für eine Freilegung der Westseite des königlichen Schlosses interessiert, so dürfte dem doch die Mittheilung des Hamburger Blattes jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. Von einem Entschlusse des Kaisers in der angegebenen Richtung ist nie das Mindeste bekannt geworden, vielmehr gerade im Herbst des vergangenen Jahres Gelegenheit vorhanden gewesen wäre, diesen Entschlus zu äußern und durch denselben den Bemühungen von Privatpersonen, welche die Mittel zum Ankauf und zur Niederlegung der Häuser beschaffen wollten, eine kräftige Unterstützung zu verleihen. Soweit wir wissen, gelangte die Kenntniß von diesen Bemühungen in das kaiserliche Kabinett und bis zu den Ohren des Kaisers. Bei dieser Gelegenheit ist von irgend welcher Vertheilung der kaiserlichen Privatkassatulle, wie gesagt, nicht die Rede gewesen. Als dann der Reichstag den Beschluß faßte, Kaiser Wilhelm I. ein Nationaldenkmal zu setzen und unter den möglichen Standorten auch die erweiterte Schloßfreiheit aufnahm, unterließen weitere Schritte seiner Privatpersonen. Das ist die Schlagsache. Wird die Schloßfreiheit wirklich als Standort des Denkmals angesehen — wenigstens wird dem Vernehmen nach die Denkmalkommission dem Reichstage eine Vorlage unterbreiten, welche das Anschreiben einer neuen, vielleicht engeren Ueberbauung unter Zugrundelegung der Schloßfreiheit verlangt — so würde auch, falls der Vorschlag der Kommission in pleno Zustimmung fände, das Reich die Kosten des Häuser Erwerbes selbstverständlich übernehmen.

Der Ackerbau- und Kreditverein zu Bismarck (Westpreußen), welchem von den Ortsbehörden bei Errichtung der Wirtschaftsgebäude auf den einzelnen Parzellen große Schwierigkeiten gemacht worden waren, hat auf seine an den Kaiser gerichtete Immediat-Vorstellung von dem Minister des Innern und dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter dem 14. v. M. folgenden Bescheid erhalten:

„Die an des Kaisers und Königs Majestät gerichtete Immediat-Vorstellung des Ackerbau- und Kreditvereins vom 26. Juni d. J. ist in Folge allerhöchsten Befehls aus dem königlichen Kabinett zur Prüfung und Verfügung an uns abgegeben worden. Nachdem die Prüfung stattgefunden hat, eröffnen wir dem Ackerbau- und Kreditverein, daß in Folge der von uns unternommenen Anordnung der Prüfung der königlichen Baurath des kaiserlichen Baurath beauftragt worden ist, den zuständigen Amtsvorsteher dahin mit Anweisung zu verfahren, daß derselbe in eine sachliche Prüfung der von den Mitgliedern des Vereins eingereichten, sowie der etwa weiter noch eingehenden Bauantragsgesuche einzutreten und nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften auf dieselben Entscheidung zu treffen, eine Abweisung solcher Bauanträge auf die Abweisung der Genossenschafts-Klage erheben und auf dieselbe bis jetzt noch nicht endgültig entschieden ist, fernern nicht mehr statzu finden habe. Auch ist von uns nach Entscheidung getroffen worden, daß es, nachdem die Anlage einer Kolonie auf dem Rittergut Bismarck nach Maßgabe des eingereichten Planes in formell rechtsgültiger Weise genehmigt worden ist, der Ertheilung einer besonderen Anweisungsgenehmigung für die einzelnen Kolonisten nicht mehr bedarf.“

Hoffentlich ist mit diesem Bescheid die Leidensgeschichte des schwer geschädigten Vereins beendet.

Aus Petersburg vom 29. Oktober wird berichtet:

Seit vor 8 Tagen besuchte der Zar, wie bekannt, zum ersten Mal seit seiner Rückkehr aus dem Auslande seinen kranke darniederliegenden Oheim, den Großfürsten Konstantin, in Pawlowsk. Die Zarin begleitete ihn, ebenso der Admiral Popow. Am Krankenlager spielte sich wiederum eine höchst erquickende Scene ab. Großfürst Konstantin erkannte seinen kaiserlichen Neffen nicht, wohl aber die Zarin und den Admiral Popow. Unter heißen Thränen umarmte er die Zarin und berge sie. Der Zar konnte sich der Thränen nicht erwehren und er verließ sich bewegt das Krankenlager.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 31. Oktober. Die Proben mit dem vom österreichischen Artillerie-Major Schwab gefundenen **rauchlosen Pulver** hatten befriedigende Ergebnisse. Dem Vernehmen nach unterhandelt die deutsche Kriegsverwaltung wegen Erwerbung dieser Erfindung.

Bozen, 31. Oktober. In Folge **Hochwassers** auf der Südbahnstrecke zwischen Bozen und Ala sind mehrere Dammbrüche vorgekommen, weshalb der Gesamtverkehr auf der ganzen Linie für einige Tage sistirt werden mußte.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Oktober. Die „St. James-Gazette“ hat Grund zu glauben, daß das Gerücht von der Abreise der Königin, den Winter in Florenz zuzubringen, gänzlich der Begründung entbehrt, da die Königin den Winter im Schloß Windsor und auf Osborne zu verbringen gedenkt. — In der kleinen Kapelle der „Oratory“ zu Brompton, London, fand (wie schon berichtet) heute Morgen die Beerdigung des Prinzen Franz v. Hagfeldt-Wildenburg, des einzigen Sohnes des Fürsten Alfred von Hagfeldt-Wildenburg, mit Fräulein Maria Elisabeth Huntington aus New York statt. Der Gottesdienst wurde vom Bischof von Exmans geleitet. Die Kapelle war mit Frankrätern, blühenden Lilien und Chrysanthemen prächtig decorirt. Der Vater der Braut führte diese und der Bräutigam war von seinem Vater, dem Sohne des Grafen Hagfeldt und dem Fürsten Hohenlohe als Trauzugen begleitet. Nach der Trauung fand in der deutschen Botschaft ein Empfang statt, dem nur die nächsten Verwandten und besonderen Freunde der Neuvermählten beiwohnten. — Nach in London eingegangenen Nachrichten ist bei dem Herzog von Edinburgh's Lissa-bon zugefallene Unpäßlichkeit keine ernste. In Rom wird der Herzog, wohin er zunächst zurückkehrt, einen Monat bleiben und erst wieder im Dezember in Clarence House, London, eintreffen. — Chamberlain tritt am 14. November eine Reise nach Egypten und dem Orient an, von wo er erst Ende Januar nach England zurückkehrt.

London, 31. Oktober. Der neue **Vord-mayor** von London, Sir Henry Baines, flatterte gestern dem radikalen Deputy Lord Bradlaugh, der einen leichten Rückfall erlitten hatte, einen Besuch ab.

London, 31. Oktober. Die Rede Sr. Maj. des Kaisers gelegentlich des Besuchs auf dem englischen Kriegsschiff „Dreadnought“ wurde wörtlich hierher telegraphirt; deren Worte der Anerkennung werden mit Begeisterung begrüßt. — Die **Direktion** **schlichtete** fernere Streitigkeiten zwischen den Streikverbandsleuten und den Waggleis durch Entlassung letzterer mit Entschädigung von vier Pf. für den Mann.

Serbien.

Belgrad, 31. Oktober. Die in ausländischen Blättern verbreitete Nachricht, daß der König Alexander am Dienstag Abend aus dem Konal zur Königin Natalie geschickt sei, wird als vollständig erfunden bezeichnet.

Belgrad, 31. Oktober. Der Ministerath beschloß, den Mitgliedern des französischen Ministeriums, Tirard und Spuller, sowie dem hiesigen französischen Gesandten Patrimoine in Anerkennung der Erfolge der serbischen Abtheilung bei der Pariser Weltausstellung und der Verdienste des französischen Kabinetts bei Verhinderung der serbischen Eisenbahnen das Großkreuz des Sankt-Ordens zu verleihen.

Montenegro.

Wie man der „Pol. Corr.“ aus Cetinje meldet, begiebt sich ein Special-Delegierter des Fürsten von Montenegro demnächst nach Bosnien, um den Ankauf größerer Mengen von Zerealien zu besorgen und die befehlungsmäßige Verladung derselben mit dem Bestimmungsorte Antivari zu betreiben. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es durch diese Getreidezufuhr gelingen werde, eine weitere Auswanderung von mehreren tausend nothleidenden Montenegroern nach dem Auslande hintanzuhalten. Fürst Nikolaus hat ferner in Berücksichtigung der allgemeinen Nothlage die Abschreibung von Steuern in einem für die montenegrinischen Verhältnisse sehr verlängerten Umfang angeordnet.

sculptum 12,5